

43. Jahrgang · ISSN 0044-2828

# Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

1995

5

*Herausgegeben von*

WOLFGANG BENZ  
GEORG G. IGGERS  
FRITZ KLEIN  
ERNST SCHUBERT  
PETER STEINBACH  
LUDMILA THOMAS

*Aus dem Inhalt*

**Francesco Vianello**

Wer war Wacho?  
*Namenglieder im Langobardischen  
Königshaus*

**Matthias Springer**

Fragen zur Entstehung des mittel-  
alterlichen deutschen Reichs

**Peter Neumeister**

Beobachtungen und Überlegungen  
zur Ministerialität des  
9., 10. und 11. Jahrhunderts

**Karsten Fischer**

Protestbewegung und Linksterrorismus –  
eine kausale Beziehung?

METROPOL

INHALT

ARTIKEL

FRANCESCO VIANELLO:

Wer war Wacho?

*Namenglieder im Langobardischen Königshaus* ..... 389

MATTHIAS SPRINGER:

Fragen zur Entstehung des mittelalterlichen deutschen Reichs ..... 405

PETER NEUMEISTER:

Beobachtungen und Überlegungen zur Ministerialität des

9., 10. und 11. Jahrhunderts ..... 421

KARSTEN FISCHER:

Protestbewegung und Linksterrorismus – eine kausale Beziehung?

*Eine Anwendung der Methodologie Max Webers* ..... 432

DISKUSSION

HANNA VOLLRATH:

Geschichtswissenschaft und Geschichtsschreibung.

*Zur Diskussion um das Buch*

*„Der Weg in die Geschichte“ von Johannes Fried* ..... 451

AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Interdisziplinäre Forschungen zur Geschichte des frühen und hohen Mittelalters.

*Ein Kolloquium zu Ehren von Frithjof Sielaff (Peter Neumeister)* ..... 461

Opposition und Widerstand in der DDR

*(Patty Lee Parmalee)* ..... 463

KARSTEN FISCHER

## Protestbewegung und Linksterrorismus – eine kausale Beziehung?

### *Eine Anwendung der Methodologie Max Webers*

#### *Problematisierung und methodologische Leitlinien historischer Kausalanalyse*

Das Aufkommen einer studentischen Protestbewegung und die Entstehung eines organisierten politischen Linksterrorismus in den sechziger und siebziger Jahren bedeuteten zwei erhebliche innenpolitische Zäsuren für die bis dahin von innergesellschaftlichen Zerreißproben weitgehend unbehelligte zweite deutsche Republik. Nicht nur die dichte zeitliche Aufeinanderfolge sowie personelle und thematische Kontinuitäten zwischen diesen beiden Phänomenen, sondern allein schon ihre fundamentale Bedeutung für Entwicklung und Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland legt mithin nahe, die bislang in der wissenschaftlichen Literatur weitgehend vernachlässigte Frage nach einer *kausalen* Beziehung zwischen der studentischen Protestbewegung und dem vornehmlich in der „Roten Armee Fraktion“ („RAF“) organisierten Linksterrorismus zu stellen.

Bereits hinsichtlich ihrer Ausgangsmotive handelte es sich bei der Protestbewegung der ausgehenden sechziger Jahre um eine höchst heterogene Erscheinung. Symptomatisch hierfür sind die konträren Verwendungen des für sie so zentralen Begriffs der „Außerparlamentarischen Opposition“ („APO“), der von Rudi Dutschke am 10. Dezember 1966 im Berliner Tiergarten geprägt und fortan im Sinne einer endgültig *antiparlamentarischen* Opposition verstanden wurde, während andere eher eine *vorparlamentarische* Opposition im Sinn hatten.<sup>1</sup> Demgemäß sollte eine analytische Begriffsbildung diesen unscharfen Begriff auch ersetzen durch die neutralere Kennzeichnung des Phänomens als einer *in der Form außerparlamentarischen Protestbewegung* gegen das soziale und politische System, die nicht von vornherein zwischen limitierter Opposition *innerhalb* des Systems und fundamentaler *Systemopposition* entscheidet.

Die solchermaßen bis ins Selbstverständnis hinein vielschichtige Erscheinungsform des bundesdeutschen Protestpotentials verweist nun auf dessen unmittelbare historische Wurzeln und Anknüpfungspunkte. Diese liegen zum einen in der besonderen Situation Nachkriegsdeutschlands, das im Zeichen der Wirtschaftswunder-Idylle nicht nur einer wirklich tiefgreifenden Aufarbeitung der NS-Vergangenheit widerstand, sondern in Gestalt der Großen Koalition auch einer bedenklichen Erstarrung des demokratischen Regierungssystems entgegensteuerte, wobei sich der studentische Protest gegen diese allgemeinpolitischen Probleme mit der Forderung nach einer fundamentalen Hochschulreform verband. Das andere Stimulans bildete die Solidarisierung mit der us-amerikanischen Bürgerbewegung und das gemeinsame Engagement für die Dritte Welt sowie gegen den Vietnam-Krieg in Verbindung mit der Rezeption der kulturevolutionären Phänomene der Rock-Musik und der „sexuellen Revolution“. In dieser, die anfängliche Dynamik der Protestbewegung

<sup>1</sup> Vgl. zu Dutschkes Begriffsverständnis: „Wir fordern die Enteignung Axel Springers“. Interview mit Rudi Dutschke, in: Der Spiegel, 21. Jg., 1967, H. 29, S. 29 ff., zu dem gegenteiligen z.B. Johannes Agnoli in der Berliner Studenten-Zeitschrift „Konturen“, 1968, H. 31, zit. nach: Hannah Vogt, Parlamentarische und außerparlamentarische Opposition., Opladen 1972, S. 145.

begünstigenden, geradezu eklektizistischen Heterogenität der Motivlagen war jedoch gleichzeitig bereits die spätere Erstarrung der Bewegung angelegt. An ihrem bundesrepublikanischen Kontinuitätszusammenhang mit der Anti-Wiederbewaffnungs- und Anti-Atomwaffenbewegung der fünfziger Jahre sowie der Ostermarschbewegung und der Anti-Notstandskampagne in den sechziger Jahren erweist sich nämlich, daß die studentische Protestbewegung „der ideelle und institutionelle Erbe einer Oppositionsbewegung innerhalb der Bundesrepublik“ war, welche „eine einzige Spur von Mißerfolgen, Niederlagen und Vereitelungen“ hinterließ, insofern die realpolitische Folgenlosigkeit parlamentarisch-institutioneller wie außerparlamentarischer Aktivitäten evident war.<sup>2</sup> Vor diesem Hintergrund wird nun auch die enorme Politisierung und Ideologisierung der bundesdeutschen Protestbewegung erklärlich, während „die Opposition der amerikanischen Jugend ... ideologiefrei oder von tiefem Mißtrauen gegenüber aller Ideologie (auch der sozialistischen) durchdrungen“ blieb.<sup>3</sup>

Hinsichtlich des Terrorismus-Problems sind diese Überlegungen zur Bedeutung der Ideologien nicht nur von Interesse, insofern der us-amerikanische Terrorismus beispielsweise der „Weathermen“ um Bernhardine Dohrn niemals eine der RAF vergleichbare Intensität und Brutalität erreichte, sondern sie erhellen vor allem, daß die bundesrepublikanische Protestbewegung die Gesellschaft gewissermaßen erst nach einer internen ideologischen Inkubationszeit und damit „ohne Vorgewöhnungsphase“<sup>4</sup> traf, was im weiteren Verlauf die Konfliktschärfe noch steigerte.

Um nun aber einem möglichen kausalen Zusammenhang zwischen Protestbewegung und Linksterrorismus nachgehen zu können, muß zunächst ein Begriffsverständnis von *Terrorismus* festgelegt werden, da ja die Erfüllung bestimmter allgemeiner Kriterien durch ein historisches Ereignis die Voraussetzung für die Anwendung eines generalisierenden Terminus auf dieses bildet. Eingedenk der Unmöglichkeit einer endgültigen Definition historisch-prozessualer Phänomene läßt sich politischer Terrorismus verstehen „als systematische, planmäßige Androhung oder Anwendung von als Überraschungscoup organisierter Gewalt“ mit einem „strategischen Ziel“, das in der Regel in der radikal-revolutionären Änderung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse besteht. Die Anwendung von Gewalt ist dabei für den Terrorismus kein Selbstzweck, sondern dient als Instrument einer „Generalinspiration“ der Massen“ zwecks ständiger Ausweitung der revolutionären Bewegung.<sup>5</sup> Es wird nämlich ein *als interessiert unterstellter Dritter* in Gestalt einer bestimmten Bevölkerungsgruppe angenommen, „in deren ‚objektivem Interesse‘, wie seitens der Terroristen behauptet wird, die Aktionen durchgeführt werden“, so daß „dieser ‚als interessiert unterstellte Dritte‘ ... auch der eigentliche Adressat der angestrebten psychischen Folgen der Gewaltanwendung (ist) – um sein Bewußtsein geht es letztend-

2 Fritz Sack et al., Die Reaktion von Gesellschaft, Politik und Staat auf die Studentenbewegung, in: Fritz Sack/Heinz Steinert, Protest und Reaktion, Opladen 1984, S. 105 ff., 108. Vgl. Lothar Rolke, Protestbewegungen in der Bundesrepublik, Opladen 1987, S. 116 ff.

3 So Herbert Marcuse in: Ist die Idee der Revolution eine Mystifikation? Herbert Marcuse antwortet auf vier Fragen, in: Kursbuch 4, 1967, Hrsg. Hans Magnus Enzensberger, S. 1 ff., 6.

4 Manfred Funke, Extremismus und offene Gesellschaft, in: ders. (Hrsg.), Extremismus im demokratischen Rechtsstaat, Düsseldorf 1978, S. 15 ff., 16.

5 Manfred Funke, Terrorismus – Ermittlungsversuch zu einer Herausforderung, in: ders. (Hrsg.), Terrorismus. Untersuchungen zur Struktur und Strategie revolutionärer Gewaltpolitik, Kronberg/Düsseldorf 1977, S. 9 ff., 13 ff.

lich“.<sup>6</sup> Wenngleich es auch häufig zu einer wechselseitigen „Dynamisierung von Ziel und Mittel“ kommt, ist dieser Propagandaeffekt gerade angesichts der modernen Massenmedien für den Terrorismus zentral. Neben der Rekrutierung von Anhängern dient die Erzeugung

eines Ausnahmezustandes durch einen „Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt“ dem Terrorismus insofern, als das bekämpfte System in seinen Schutz- und Abwehrbemühungen seinem von den Systemfeinden gezeichneten Zerrbild immer ähnlicher zu werden droht und dadurch sogar bei an sich staatstragenden Bürgern seine Legitimation einbüßt. „Machtdeflation, Autoritätsverlust der Herrschenden und besonders ... Gewinnung der Jugend für die neuen Ideen und Idole“ sind somit Kernbestrebungen des Terrorismus als eines von jeglichen Selbstzweifeln unbelasteten Elements „revolutionärer Gewaltpolitik“.<sup>7</sup>

Diesem Begriffsverständnis einer für das Phänomen Terrorismus zentralen Propaganda-intention gemäß müssen mithin im vorliegenden Zusammenhang bereits die Frankfurter Kaufhausbrandstiftungen im April 1968 als terroristisch eingestuft werden. Die Notwendigkeit, diesen Terrorakt von dem „satirischen“ Berliner Kaufhausbrandstiftungsappell der anfänglich eher unpolitischen Kommunarden Kunzelmann, Langhans und Teufel im Mai 1967 ebenso qualitativ zu unterscheiden wie von den späteren RAF-Aktionen, erweist jedoch gleichzeitig, daß die Komplexität des historischen Problems Terrorismus eine flexible Anwendung seines theoretischen Bestimmungsversuchs erfordert, der bei der nachfolgenden Kausalanalyse insofern Rechnung zu tragen sein wird, als die Untersuchung von möglichen Verursachungszusammenhängen zwischen Protestbewegung und Linksterrorismus über die Frankfurter Kaufhausbrandstiftungen hinausreichen muß.

Auf der Basis dieser Vorüberlegungen zum Problemhorizont stellt sich nun die methodologische Frage nach den Anwendungsbedingungen des Kausalitätsprinzips in der historischen Analyse. Dieses Feld hat Max Weber in seiner Untersuchung über die *objektive Möglichkeit und adäquate Verursachung in der historischen Kausalbetrachtung* systematisch ausgelotet.<sup>8</sup> Den Ausgangspunkt für seine forschungspraktisch bislang noch weitgehend ungenutzten Überlegungen bildet die Einsicht, daß es sich beim menschlichen Erkenntnisprozeß stets um eine begriffliche *Konstruktion der Wirklichkeit* handelt, die im

6 Herfried Münkler, *Guerillakrieg und Terrorismus*, in: *Neue Politische Literatur*, 25. Jg., 1980, S. 299 ff., 317.

7 Funke, *Terrorismus – Ermittlungsversuch*, S. 15 ff. Vgl. J. B. S. Hardman, *Terrorism*, in: *Encyclopaedia of the Social Sciences*, Hrsg. Edwin R. A. Seligman u. Alvin Johnson, 15 Bde., Bd. 13, New York 1937/1957, S. 575 ff., 576 f.; John Richard Thackrah, *Encyclopedia of terrorism and political violence*, London/New York 1987, S. 253 ff.

8 Max Weber, *Kritische Studien auf dem Gebiet der kulturwissenschaftlichen Logik*, in: ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Hrsg. Johannes Winckelmann, Tübingen 1988, S. 215 ff., 266 ff. Wilhelm Hennis, *Max Webers Fragestellung. Studien zur Biographie des Werks*, Tübingen 1987, S. 10, Anm. 15, bestreitet eine Webersche Methodologie mit dem Argument, die *Gesammelten Aufsätze zur Wissenschaftslehre* seien sonst „das aberwitzigste Buch, das je in ‚methodologischer‘ Absicht geschrieben wurde“, und stellen vielmehr Webers „komplette Kommentierung der aus seiner Sicht für die damalige Wissenschaftssituation zentralen Fragen“ dar. So richtig letzteres gerade im Kontext von Hennis' gesamten Weber-Verständnis auch ist, so „abermäßig“ wäre doch wohl gerade die Vorstellung, der unbestritten auch an exakter Einzelwissenschaft interessierte Weber könnte seine höchst anwendungsfreundliche Methodologie zufällig und unfreiwillig entwickelt haben. Vgl. zuletzt Julien Freund, *Die Rolle der Phantasie in Webers Wissenschaftslehre. Bemerkungen zu seiner Theorie der objektiven Möglichkeit und der adäquaten Verursachung*, in: *Max Webers Wissenschaftslehre. Interpretation und Kritik*, Hrsg. Gerhard Wagner/Heinz Zipprian, Frankfurt a.M. 1994, S. 473 ff.

Zuge einer *doppelten Selektion* zunächst einen bestimmten Wirklichkeitsausschnitt und dann eine bestimmte Perspektive zu dessen Betrachtung auswählt.<sup>9</sup> Dieser solchermaßen selektiv vorstrukturierte und daher nie zu einer reinen „Registrierung des ‚Vorgefundenen‘“ fähige Erkenntnisvorgang ist geprägt durch die Anwendung „nomologischen“ Erfahrungswissens“ auf den jeweiligen Wirklichkeitsbereich.<sup>10</sup> In diesem Rahmen ist die Kategorie der Kausalität „das für die historische Formung der Wirklichkeit Entscheidende“; denn nur innerhalb eines Verursachungszusammenhangs ergibt sich für ein Ereignis ein bestimmbarer und insofern historischer Rang.<sup>11</sup> Diesbezüglich ergibt sich jedoch das erkenntnistheoretische Grundproblem, wie es angesichts der unendlichen Vielzahl für einen Vorgang kausaler Momente überhaupt möglich ist, ein konkretes Ergebnis einer einzelnen Ursache zuzuordnen, auf welchen intersubjektivierbaren Erkenntnisvorgang man mithin eine historische Kausalbetrachtung methodisch zu gründen vermag. Hierauf antwortet Weber mit seiner *Theorie der objektiven Möglichkeit*: „Die kausale Zurechnung vollzieht sich in Gestalt eines Gedankenprozesses, welcher eine Serie von Abstraktionen enthält. Die erste und entscheidende ist nun eben die, daß wir von den tatsächlichen kausalen Komponenten des Verlaufs eine oder einige in bestimmter Richtung abgeändert denken und uns fragen, ob unter den dergestalt abgeänderten Bedingungen des Hergangs der (in den ‚wesentlichen‘ Punkten) gleiche Erfolg oder welcher andere zu erwarten wäre.“<sup>12</sup>

Die Abstraktionselemente der „Isolierung, Generalisierung und Konstruktion von Möglichkeitenurteilen“<sup>13</sup> dienen also dazu, mittels einer hypothetischen Analyse geschichtlicher *Möglichkeiten* die historische Bedeutung eines konkreten Ereignisses zu bestimmen: „Um die wirklichen Kausalzusammenhänge zu durchschauen, *konstruieren wir unwirkliche*.“<sup>14</sup> Erweist sich nun in diesem kausalanalytischen Verfahren, daß auch bei Ausschaltung oder Änderung des in seiner Kausalbedeutung fraglichen historischen Faktums der historische Verlauf nach allgemeinen Erfahrungsregeln *keine* andere Richtung genommen hätte, „dann ist jenes Faktum eben auch in der Tat kausal bedeutungslos“<sup>15</sup>; als kausal relevant erweist sich ein historisches Faktum *vice versa*, wenn bei seinem Fehlen die historische Entwicklung nach begründeter Vermutung *anders* verlaufen wäre. Für diesen Fall prägt Weber den Terminus „*adäquate*“ Verursachung“ gegenüber andernfalls bloß „*zufälliger*“ Verursachung“.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich auch der Geltungsbereich kausalanalytischer Urteile. Ein nach der vorgegebenen Methode ermittelter Verursachungsfaktor ist zunächst laut Weber in seinem Verursachungsgrad bestimmbar, indem sein Einfluß auf den fraglichen historischen Zustand mit dem möglicher anderer Bedingungsfaktoren verglichen wird, wobei die Genauigkeit mit zunehmender Vergleichsmenge steigt.<sup>17</sup> Desweiteren beinhaltet Webers Methodologie historischer Kausalanalyse aber auch ein Reichweitenproblem generalisierender Theoriebildung, sofern diese nicht mehr nur auf Verständnis

9 Walter Schlangen, *Theorie der Politik*, Stuttgart u.a. 1974, S. 17.

10 Max Weber, *Kritische Studien*, S. 277.

11 Ebd., S. 266.

12 Ebd., S. 273.

13 Ebd., S. 279.

14 Ebd., S. 287.

15 Ebd., S. 283.

16 Ebd., S. 286.

17 Ebd., S. 283 ff.

der Geschichte, sondern auf eine Ableitung aus der Geschichte abzielt. Denn ein auf Erfahrungsregeln fußendes Verfahren bewußter hypothetischer Variation der zu untersuchenden historischen Entwicklung vermag den Rahmen einer auf konkrete Einzelphänomene gerichteten empirischen Analyse natürlich per se nicht zu überschreiten und zur „Ergründung abstrakter ‚Gesetzlichkeiten‘, vorzudringen.“<sup>18</sup> Ignorierte sie diese methodologische Unmöglichkeit, so verstrickte sich eine generalisierende Theoriebildung zwangsläufig in die Aporie, im Rahmen einer Kausalanalyse zunächst aus einer Reihe von Einzelkausalitäten induktiv eine allgemeine Verursachungstheorie zu entwickeln, um diese dann wiederum deduktiv auf neue Einzelphänomene anzuwenden, mit anderen Worten, eine an einem konkreten Einzelfall gewonnene Einsicht verallgemeinert auf einen anderen Einzelfall anzuwenden, womit zwangsläufig hochgradige Verfälschungen produziert würden. Für das Ergebnis der vorliegenden Untersuchung ergibt sich hieraus die prinzipielle Beschränkung seines Geltungsbereichs auf die thematisierten historisch singulären Phänomene.

Diese methodologischen Überlegungen strukturieren mithin sowohl Gegenstandsbe- reich und Verfahren als auch Grenzen der nachfolgenden Analyse. So ist die Ermittlung einer möglichen kausalen Beziehung zwischen Protestbewegung und Linksterrorismus anhand der Konstruktion von Möglichkeitsurteilen im historischen Zusammenhang der Protestbewegung vorzunehmen. Hier lassen vor allem drei Einzelfakten eine für die Verur- sacheung späterer historischer Prozesse ausreichende Bedeutung vermuten: der Tod des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967, die Frankfurter Kaufhausbrandstiftungen im April 1968 und das Attentat auf Rudi Dutschke am Gründonnerstag 1968 mit den im Fall des 2. Juni 1967 vorausgegangenen bzw. im Fall des Dutschke-Attentats nachfolgenden Krawallen und polizeilichen Überreaktionen. Die Einbeziehung der beiden letztgenannten Ereignisse ergibt sich dabei aus der bereits angesprochenen Komplexität des Phänomens Terrorismus. Während eine Qualifizierung der Frankfurter Kaufhausbrandstiftungen als Terrorismus an sich nur zeitlich vorausgehende und nicht etwa nachfolgende Ereignisse als potentiell kausalrelevant im Sinne der Fragestellung auszuweisen und vor allem die kausalanalytische Einbeziehung ihrer selbst sich zu verbieten scheint, erfordert die quali- tativ andere Dimension des systematischen RAF-Terrorismus eine analytische Flexibilität dergestalt, daß sich die Blickrichtung der Kausalitätsfrage nicht aus der definitiven Verortung eines Beginns des bundesrepublikanischen Terrorismus zu ergeben hat, son- dern aus dem die Fragestellung überhaupt begründenden Interesse an seiner historisch wichtigsten Ausprägung.

Sofern die Kausalanalyse dieser ereignisgeschichtlichen Fakten nicht zur Feststellung einer adäquaten Verursachung ausreicht, sich im Zuge der Untersuchung jedoch allgemeine Strukturmerkmale der Protestbewegung im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zeigen, die ebenfalls als potentielle Kausalfaktoren in Frage kommen, liegt es nahe, die Kausalbetrachtung auf diese auszuweiten. Eine solche vor allem auf ideologische Merk- male zu richtende Untersuchung hat dabei das *vorgängige Verständnis*<sup>19</sup> zu überprüfen, daß der Verlauf der Protestbewegung und die Entstehung des Linksterrorismus einen

<sup>18</sup> Ebd., S. 270.

<sup>19</sup> Jürgen Habermas, *Analytische Wissenschaftstheorie*, Darmstadt 13 1989, S. 155 ff., 158 ff.; Theodor W. Adorno et al., *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie und Dialektik*, in: Theodor W. Adorno, *Zur Logik der Sozialwissenschaften*, in: ders. et al., *Der Positivismusstreit*, S. 125 ff., 131 f.

systemoppositionellen Atavismus angesichts des *postrevolutionären*<sup>20</sup> Entwicklungsstandes des politischen Systems der Bundesrepublik darstellen, das unter der Voraussetzung seiner Bestandssicherung einen so hohen inhaltlichen Toleranzgrad hat, daß seine fundamentale Beseitigung zur Durchsetzung politischer Ziele obsolet geworden ist.

Mit diesem zweiten Analyseschritt, mittels Webers Theorie der objektiven Möglichkeit die ideologischen Strukturen der Protestbewegung auf eine adäquate Verursachung des Linksterrorismus hin zu untersuchen, schließt sich also gleichsam der Kreis der Gesamtuntersuchung. Insoweit dieser Ansatz als methodologisch legitime Ausdehnung des Weberschen Verfahrens gelten will, sind die prinzipiellen Geltungsbereichsgrenzen seiner Ergebnisse umso strenger zu beachten. Mit der Ausweitung des Spektrums potentieller Kausalfaktoren ist nämlich die Aussagekraft der durch sie ermittelten Kausalbeziehung von vornherein relativiert, da die Bedeutung eines Verursachungszusammenhangs natürlich umso geringer ist, je allgemeiner und vielschichtiger die Ursache ist. Ebenso wie gemäß Webers Verbot jede historizistische Generalisierung oder normative Instrumentalisierung der Resultate unbedingt zu vermeiden ist, dient eine an seiner Kausalanalytik orientierte Untersuchung der Beziehung zwischen Protestbewegung und Linksterrorismus jedenfalls dem Verständnis des Phänomens „Terrorismus“ als einer Form revolutionärer Gewaltpolitik in der modernen Industriegesellschaft und indiziert damit die geschichts- und sozialwissenschaftliche Aktualität der Methodologie Webers.

#### *Der 2. Juni 1967*

Der Tod des Studenten Benno Ohnesorg im Rahmen einer von der Polizei gewaltsam auseinandergetriebenen Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien in Berlin am 2. Juni 1967 durch einen Schuß des Polizisten Karl-Heinz Kurras unter bis heute nicht restlos geklärten Umständen gilt sowohl bei damals Beteiligten als auch in der neutralen Öffentlichkeit als zentrales Ereignis für die Entwicklung der Protestbewegung. Wiewohl sich die studentischen Aktionen bereits vor dem 2. Juni als außerparlamentarische Opposition gegen die bürgerliche „Formaldemokratie“ verstanden und es auch schon, etwa im Zusammenhang der Anti-Vietnam-„Dezemberdemonstrationen“ 1966, zu Eskalationen gekommen war, vermochte erst das „Aha-Erlebnis“<sup>21</sup> des 2. Juni das Protestpotential überhaupt zu einer Bewegung werden zu lassen. Die bloße Latenz der bisherigen Opposition gegen das Gesellschaftssystem erweist sich vor allem an dem nach dem 2. Juni auftretenden studentischen Ohnmachtsgefühl. Wäre nämlich zu diesem Zeitpunkt bereits eine grundlegende Abkehr von den soziopolitischen Verhältnissen vollzogen gewesen, so hätten die Ereignisse in erster Linie ein Gefühl der Bestätigung angesichts der Verwerflichkeit des Systems hervorrufen müssen. Statt dessen bewirkte erst der Todesschuß auf Benno Ohnesorg einen so massiven Vertrauensbruch, daß er einem „Todesschuß auf Autorität“, gleichkam<sup>22</sup> und die quantitative und qualitative Ausweitung des Protestes beförderte. Gewissermaßen wurde der 2. Juni von der Protestbewegung als endgültiger Sündenfall des

<sup>20</sup> Der Begriff stammt, soweit ersichtlich, von Johan Galtung, *Pluralismus und die Zukunft der menschlichen Gesellschaft*, in: *Kritische Friedensforschung*, Hrsg. Dieter Senghaas, Frankfurt a.M. 1977, S. 164 ff., 177 ff., dort jedoch in einem normativen Verständnis, während er hier deskriptiv benutzt wird.

<sup>21</sup> Jens Litten, *Eine verpaßte Revolution? Nachruf auf den SDS*, Hamburg 1969, S. 25.

<sup>22</sup> Dieter Claessens/Karin de Ahna, *Das Milieu der Westberliner „scene“ und die „Bewegung 2. Juni“*, in: *Wanda von Baeyer-Katte et al., Gruppenprozesse*, Opladen 1982, S. 19 ff., 72.



Systems empfunden: „Das postfaschistische System in der BRD ist zu einem präfaschistischen geworden.“<sup>23</sup> Hieraus wird dann auch erklärlich, daß sich die nach dem 2. Juni erfolgten Aktionen der Protestbewegung insgesamt durch eine bemerkenswert geringe Spontaneität und ein großes Maß an Koordination auszeichneten, obschon man in dieser Situation mit dem Wohlwollen größerer Bevölkerungsteile rechnen konnte. So liefen die Demonstrationen der Folgetage gradlinig auf den kopflastigen, offiziell zunächst „Hochschule in der Demokratie“, später „Bedingungen und Organisation des Widerstandes“ betitelten Kongreß in Hannover am 9. Juni 1967 im Anschluß an die Beerdigung Benno Ohnesorgs zu, und auch der Verlauf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1967 in Frankfurt bestätigte diese Tendenz. Ganz offensichtlich handelte es sich bei den Folgeentwicklungen der Protestbewegung nach dem 2. Juni 1967 also in erster Linie um die eilige ideologische Unterfütterung der erst von diesem Datum an als unausweichlich verstandenen Fundamentauseinandersetzung mit Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik. Es mußte nun nämlich der Versuch gemacht werden, die auch über ihre Protagonisten ziemlich plötzlich hereingebrochene Bewegung<sup>24</sup> unter Kontrolle zu halten und mit den bereits vorhandenen Ideologiefragmenten, wie etwa der Anti-Springer-Kampagne, das für zentral erachtete massenpädagogische Ziel anzupeilen, wobei dieses zum damaligen Zeitpunkt noch die Ablehnung von Gewalt beinhaltete<sup>25</sup> und die Bereitschaft zur Gewaltanwendung, wie noch zu zeigen ist, erst langsam auf ideologischem Weg in das Bewußtsein der Protestbewegung gelangte.

Der 2. Juni 1967 stellt also durchaus ein Schlüsselereignis und dynamisierendes Element für die weitere Entwicklung dar, insofern sich erst durch die mit ihm verbundenen Ereignisse die Protestbewegung überhaupt in ihrer geschichtlich relevanten Form auszubilden vermochte und die Themen der Öffentlichkeitsmobilisierung sowie der Gewaltanwendung in der Folge an Bedeutung gewannen.

Einen kausalen Faktor auf dem Weg zur Entstehung des Linksterrorismus bildet der 2. Juni jedoch nicht, denn denkt man diesen Prozeß unter hypothetischer Auslassung des 2. Juni durch und konstruiert dadurch einen Verlauf ohne dieses Ereignis, so zeigt sich, daß der 2. Juni zwar ein für die Entwicklungsgeschichte der Protestbewegung konstitutives Moment war, nicht jedoch in seiner konkreten ereignisgeschichtlichen Faktizität eine adäquate Verursachung des Linksterrorismus bildet. Dessen Entstehung ist nämlich auch ohne die Ereignisse des 2. Juni in vergleichbarer Form denkbar, insoweit sich die mit diesem Datum angelegten Bewußtseinsbildungen erst unter dem Einfluß des weiteren Verlaufs zu ihrer geschichtlichen Bedeutung auswachsen konnten. Allenfalls in den Folgeentwicklungen nach dem 2. Juni 1967 sind also möglicherweise kausal relevante Ereignisse zu verorten.

#### *Die Frankfurter Kaufhausbrandstiftungen*

Die Brandstiftung in den Frankfurter Kaufhäusern „Schneider“ und „Kaufhof“ durch Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll und Horst Söhnlein in der Nacht vom

23 Knut Nevermann, *Der 2. Juni 1967. Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anläßlich des Schah-Besuchs*, Hrsg. Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), Köln 1967, S. 98 (Hervorhebung von mir).

24 So eine Bemerkung Rudi Dutschkes bei der Diskussion in der Evangelischen Akademie in Bad Boll im Februar 1968, zit. nach: ders., *Mein langer Marsch. Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren*, Hrsg. Gretchen Dutschke-Klotz/Helmut Gollwitzer/Jürgen Miermeister, Reinbek 1980, S. 65.

25 Vgl. u.a. Nevermann, *Der 2. Juni 1967*, S. 100.

2. zum 3. April 1968 bildet gewissermaßen einen Einschnitt in der Entwicklung von der Protestbewegung zum RAF-Terrorismus, denn auf der einen Seite besteht noch eine starke Verwurzelung im Gedankengut der Protestbewegung, andererseits erfolgt mit dieser Aktion aber auch eine starke Abänderung von deren bisherigem Charakter und Mitteleinsatz und damit eine Grundlegung des späteren RAF-Terrorismus, ohne jedoch wiederum dessen radikale ideologische Selbstlegitimation und Brutalität auch nur ansatzweise zu erreichen.<sup>26</sup>

Die Verwurzelung des Frankfurter Terroranschlags in dem Gedankengut der Protestbewegung läßt sich anhand der Tatbegründung seitens der Verantwortlichen bei der Gerichtsverhandlung exemplarisch belegen: „Wir hatten nicht den Vorsatz, Menschen zu gefährden oder auch nur einen wirklichen Brand zu verursachen“ (Andreas Baader). „Wir taten es aus Protest gegen die Gleichgültigkeit, mit der die Menschen dem Völkermord in Vietnam zusehen“ (Gudrun Ensslin).<sup>27</sup>

Ganz offensichtlich steht diese Rechtfertigung der Täter, sie hätten ein Fanal setzen wollen, in ebenso klarem Bezug zu Che Guevaras Forderung an den *neuen* Menschen, er müsse jeden Schlag, der einem anderen Menschen versetzt wird, am eigenen Leib spüren, wie Rudi Dutschkes Bemerkung am 17. Februar 1968 in Berlin: „*In Vietnam werden auch wir täglich zerschlagen, und das ist nicht ein Bild und ist keine Phrase.*“<sup>28</sup> Die Frankfurter Kaufhausbrandstiftungen bilden mithin gewissermaßen eine kriminelle Umsetzung der ideologischen Interessen der Protestbewegung, was jedoch im Selbstverständnis der Täter gar keine kriminelle oder terroristische, sondern eine bewußtseinsbildende, politische und insoweit legitime und notwendige Aktion darstellt. Dieses fehlende Bewußtsein für die Kriminalität der Handlung ist es auch, das den qualitativen Unterschied zu dem späteren RAF-Terrorismus begründet, für den sich politische Aktionen als notwendig kriminell darstellen. Interessanterweise läßt sich dieser Wandlungsprozeß an der Entwicklung Ulrike Meinhofs exemplifizieren.<sup>29</sup> So verstand sie im ideologischen Rahmen der Protestbewegung illegale Aktionen noch als begrenzte Regelverstöße zum Zweck der Öffentlichkeitswirkung: „Wirft man einen Stein, so ist das eine strafbare Handlung. Werden tausend Steine geworfen, ist das eine politische Aktion. Zündet man ein Auto an, ist das eine strafbare Handlung, werden Hunderte Autos angezündet, ist das eine politische Aktion.“<sup>30</sup>

Demgegenüber war der Schritt zum unbegrenzten RAF-Terror getan, sobald die Gesellschaftsordnung und damit auch das Rechtssystem so fundamental in Frage gestellt wurden, daß man einen Gesetzesbruch gar nicht mehr als solchen zu verstehen brauchte, sondern sich auf eine vollständig autonome Handlungslegitimation berief, die Kriminalität als einzig richtige Verhaltensweise erscheinen ließ: „Nur sind wir der Auffassung, daß die Organisation des Proletariats ein Popanz dann ist, wenn man nicht gleichzeitig anfängt, ... die Rote Armee aufzubauen; ... wir sagen, natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in der Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir uns mit ihm aus-

<sup>26</sup> Vgl. Butz Peters, *RAF. Terrorismus in Deutschland*, Stuttgart 1991, S. 31 ff.

<sup>27</sup> Zit. nach: Stefan Aust, *Der Baader-Meinhof-Komplex*, Hamburg 1986, S. 69 f.

<sup>28</sup> Zit. nach: „Träume im Kopf, Sturm auf den Straßen“. Serie, in: *Der Spiegel*, 42. Jg., 1988, H. 14 – 21, H. 14, S. 82.

<sup>29</sup> Vgl. hierzu Uwe Backes, *Bleierne Jahre. Baader-Meinhof und danach*, Erlangen u.a. 1991, S. 199 ff.; Peters, *RAF*, S. 81 ff.

<sup>30</sup> Ulrike Meinhof auf einem Teach-in im Audimax der TU Berlin am 12. 4. 1968, zit. nach: Aust, *Der Baader-Meinhof-Komplex*, S. 67.

einanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.“<sup>31</sup>

Erst mit dieser für politischen Terrorismus charakteristischen vollständigen Entthemung und moralischen Selbstlegitimation war also der Entwicklungsprozeß zum organisierten RAF-Terrorismus getan, welcher sich dann auch folgerichtig von der Protestbewegung abgrenzte: „Die Studentenbewegung zerfiel, als ihre spezifisch studentisch-kleinbürgerliche Organisationsform, das ‚Antiautoritäre Lager‘ sich als ungeeignet erwies, eine ihren Zielen angemessene Praxis zu entwickeln ... Sie zerfiel, als der Funke der Studentenbewegung ... nicht zum Steppenbrand entfalteter Klassenkämpfe geworden war. Sie konnte die Ziele und Inhalte des antiimperialistischen Kampfes benennen – selbst nicht das revolutionäre Subjekt, konnte sie deren organisatorische Vermittlung nicht leisten. Die Rote Armee Fraktion leugnet ... ihre Vorgeschichte als Geschichte der Studentenbewegung nicht, die ... den internationalen Kontext für den revolutionären Kampf in den Metropolen hergestellt hat.“<sup>32</sup>

Die hierin noch rhetorisch betonten Traditionsbezüge der ersten RAF-Generation verloren für nachfolgende Protagonisten auch sehr bald schon jegliche Bedeutung.<sup>33</sup>

Demnach ist zwar die für den RAF-Terrorismus konstitutive Enttabuisierung von planmäßiger Gewaltanwendung zur Erreichung weltanschaulicher Ziele zweifellos durch die Frankfurter Kaufhausbrandstiftungen vorgezeichnet worden, denkt man aber nun die historische Entwicklung von der Protestbewegung zum Linksterrorismus unter hypothetischer Auslassung der Frankfurter Kaufhausbrandstiftungen zwecks Ermittlung ihrer kausalen Bedeutung durch, so ist der organisierte RAF-Terrorismus in seinem zentralen Charakteristikum einer nur fragmentarischen Rezeption theoretischer Handlungsmaximen unter dem Vorzeichen einer ideologisch autonomen Selbstlegitimation auch ohne die Frankfurter Anschläge geschichtlich denkbar. Für die ausgeweitete terroristische Aktivität maßgeblich derselben Personen auf der Basis einer fundamental anderen Ideologie kommt nämlich als Kausalfaktor offensichtlich kein ereignisgeschichtliches Faktum in Frage, von dessen intentionalem Hintergrund man sich ganz bewußt unterschied, sondern lediglich ein tief in das Bewußtsein der Akteure greifender Auslöser, aus dem sich seinerseits die von den RAF-Protagonisten konstruierten Traditionsbezüge und Abgrenzungen erklären lassen.

#### *Das Attentat auf Rudi Dutschke und die Osterunruhen*

Das Attentat auf Rudi Dutschke durch den entwicklungsgestörten Rechtsradikalen Josef Bachmann am Gründonnerstag des Jahres 1968 in Berlin und die bundesweit nachfolgenden sogenannten Osterunruhen bilden sowohl hinsichtlich der personellen als auch der strukturellen Komponente dieses Ereigniszusammenhangs den Kulminations- und Wendepunkt der Protestbewegung, die fortan ihrem baldigen Niedergang entgegensteuerte.

31 „Natürlich kann geschossen werden.“ Ulrike Meinhof über die Baader-Aktion, in: *Der Spiegel*, 24. Jg., 1970, H. 25, S. 74 f. Vgl. „Die revolutionäre Linke ist kriminell“. Horst Mahler aus der Untersuchungshaft für den Spiegel, in: *Der Spiegel*, 26. Jg., 1972, H. 5, S. 30 f.

32 Rote Armee Fraktion, *Das Konzept Stadtguerilla*, in: *texte: der RAF*, Malmö 1977 (Decktitel: Per A. Rosenberg, *Kärlek med förhinder*), S. 337 ff., 349.

33 Vgl. Volker Speitel, „Dutschke, Marcuse oder andere Theoretiker der Studentenbewegung interessierten uns nicht“, in: „Wir wollten alles und gleichzeitig nichts“. *Ex-Terrorist Volker Speitel über seine Erfahrungen in der westdeutschen Stadtguerilla*, in: *Der Spiegel*, 34. Jg., 1980, H. 31–33, H. 31, S. 36 ff., 36.

Die Bedeutung der Einzelperson Rudi Dutschke, der nach dem Attentat seine volle Gesundheit niemals wiedererlangen konnte, für den Zusammenhalt der in sich äußerst heterogenen Bewegung kann kaum überschätzt werden, denn maßgeblich seiner charismatischen Führungspersönlichkeit war es zu verdanken, daß sich die studentischen Aktivitäten auf eine für ihre öffentliche Wahrnehmbarkeit unabdingbare Organisationsstruktur stützen konnten. So zerfaserte die Protestbewegung nach dem Ausfall Dutschkes umgehend zu einer gesellschaftspolitisch marginalen Erscheinung und verfiel einer desorganisierten, irrlichtenden Haltlosigkeit, sie war „gleichsam enthauptet worden“.<sup>34</sup>

Die als Osterunruhen in die Geschichte eingegangenen bundesweiten Protestkundgebungen an den Tagen nach dem Dutschke-Attentat führten zunächst zu den schwersten Straßenschlachten in Westdeutschland und Berlin seit der Weimarer Republik. Hierbei ergänzten sich wechselseitig die zu spontanen Aktionen führende Schockwirkung der erneuten Gewalterfahrung nach dem Todesschuß auf Benno Ohnesorg und eine ideologische Interpretation des Anschlages auf Dutschke, durch welche die Stoßrichtung der Aggressionen entscheidend bestimmt wurde. In Zuspitzung eines zentralen Themas der Protestbewegung, der politischen Wirkung des Berliner Verlagshauses Axel Springer, verstand man den Anschlag als unmittelbar gesellschaftlich bedingt.

Die Kritik an der zunehmenden Monopolisierung des bundesdeutschen Pressewesens in den Händen Springers hatte dabei schon in die Anfänge der sechziger Jahre zurückreichende Wurzeln, erfuhr jedoch eine Verschärfung durch das besondere Augenmerk der Protestbewegung auf die Bedeutung der modernen Massenmedien. Den ersten wichtigen Höhepunkt erlebte die Thematik dann in der Aufarbeitung des 2. Juni 1967, der nach studentischer Auffassung seinen Verlauf maßgeblich einer monolithischen Presselandschaft verdankte, die mit Ruhe- und Ordnungs-Parolen Gewaltbereitschaft und faschistoide Neigungen bei uniformierten und zivilen Bürgern befördert habe. In der Folge kam es zu verschiedenen Aktionsformen des Protestes, der sich unter der Parole „Enteignet Springer“ zur öffentlichkeitswirksamen Anti-Springer-Kampagne auswuchs. Nach dem Attentat auf Dutschke entwickelte sich demnach umgehend die Theorie von einer entscheidenden Verantwortlichkeit der Springer-Presse, insofern diese zunächst der prinzipiellen Aggressivität gegen die Protestbewegung publizistisch den Boden bereitet und dem Attentäter, wie er selber später bestätigte, dann sogar den unmittelbaren Anstoß zur Tat gegeben habe: „Der Mordanschlag auf Dutschke (ist) die unmittelbare Folge der vom Berliner Senat und seiner Springer-Presse seit langem betriebenen antistudentischen Pogromhetze“ (Hamburger Studenten). „Die Täter sitzen in den Redaktionsstuben des Springer-Konzerns, im Senat und Abgeordnetenhaus Westberlins“ (SDS Frankfurt). „Allen voran schreiet Axel Cäsar Springer! Er schoß mit!!“ (SDS München) „Der Attentäter (schoß) für diese Gesellschaft ... Presse und Parteien (wiesen) die Schußrichtung“ (RCDS Hamburg).<sup>35</sup>

Mit dieser Behauptung einer Täterschaft der Presse und der politischen Öffentlichkeit beim Mordanschlag auf Dutschke war nun eine recht eigentümliche Verarbeitung des Ereignisses möglich geworden. So handelte es sich nämlich einerseits zwar um einen auch individualpsychologisch höchst problematischen Einzeltäter, andererseits jedoch war die Ursachenforschung der Protestbewegung von vornherein so sehr auf die Schuld der gesell-

<sup>34</sup> Uwe Backes, Geistige Wurzeln des Linksterrorismus in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3 - 4/1992, S. 40 ff., 42.

<sup>35</sup> Zit. nach: Gerhard Bauß, Die Studentenbewegung der sechziger Jahre, Köln 1977, S. 97.

schaftlichen Verhältnisse fixiert, daß sich ihr die paradoxe Vorstellung aufdrängte, gegen ein bereits erfolgtes Attentat *protestieren* zu können, wodurch sich die Ohnmacht ideologisch und aktionistisch kanalisieren ließ. Dies galt sogar für Rudi Dutschke selbst, der in einem verzeihenden Brief an seinen Attentäter Bachmann diesen in geradezu klassischer Weise als Opfer gesellschaftlicher Zustände darstellte: „Schieß nicht mehr auf uns, kämpfe für Dich und Deine Klasse. Versuch nicht mehr, Dich selbst umzubringen. Der antiautoritäre Sozialismus nimmt auch für Dich Partei.“<sup>36</sup>

Genau diese Sichtweise der Geschehnisse verwies die Protestbewegung dabei direkt auf ihr altes Grundproblem massenpädagogisch bewußtseinsbildender Wirksamkeit, das sich infolge der militanten Intensität des Protestes während der Osterunruhen noch weiter verstärkte. Wie bemerkenswerterweise ausgerechnet Ulrike Meinhof in einer Kolumne für die Zeitschrift „Konkret“ feststellte, war nämlich „Gegengewalt, wie sie in diesen Ostertagen praktiziert worden ist, ... nicht geeignet, Sympathien zu wecken“<sup>37</sup>, und so verschärfte die Aggressivität der studentischen Opposition nur deren Isolation gegenüber denjenigen proletarischen und auch bürgerlichen Kreisen, die man zu rekrutieren hoffte. Nicht nur bezüglich ihrer Führungspersönlichkeit, sondern auch hinsichtlich der Werbung um die Bevölkerungsmehrheit bescherten die Ostertage des Jahres 1968 der Protestbewegung mithin folgenreiche Verluste.

Bereits das Attentat auf Rudi Dutschke selbst bildete jedoch eine Manifestation dieses Grundproblems, das infolgedessen ebenso zum Auslöser wie zur Folge des abstoßenden Protestverhaltens werden konnte. Mit dem Ereignis vom Gründonnerstag war nämlich das studentische Welt- und Selbstverständnis elementar getroffen worden, insofern schmerzlich klar wurde, daß es der Protestbewegung nicht nur mißlungen war, den Arbeiter Bachmann über seine vermeintlich objektiven Klasseninteressen aufzuklären und zur Partizipation zu bewegen, sondern daß dieser statt dessen, der Infiltration der Gesellschaft erlegen, sogar zum Mordversuch an dem Protagonisten der Bewegung ausgeholt hatte. Gleichsam verweigerte sich also die kranke Gesellschaft nicht nur ihrer Therapie, sondern wandte sich sogar gegen ihren selbsternannten Arzt. Die erfahrene Gewalt erweist sich demnach als eine Folge auch der eigenen propagandistischen Unzulänglichkeit, eine besonders deprimierende Desillusionierung über die offensichtliche Wirkungslosigkeit der eigenen Bemühungen bis hin zu ihrer Kontraproduktivität. Aus der Frustrationsstärke der unausweichlichen Einsicht in dieses doppelte und doppelt schwerwiegende Scheitern der gesamten bisherigen Protestaktivitäten und damit in eine folgenschwere, möglicherweise bereits irreparable Niederlage gegen das System bezogen dann auch nicht nur die Osterunruhen einiges ihrer Heftigkeit und unversöhnlichen Bitterkeit. Vielmehr ergab sich hieraus ein tiefer Einschnitt für die gesamte weitere Entwicklung des zunehmend auseinanderdriftenden Protestpotentials vor allem hinsichtlich der Gewaltbereitschaft sich nicht in unpolitische Subkulturen zurückziehender Teile.

Betrachtet man nun die Freisetzung des Protestpotentials durch den Ausfall der Integrationsperson Dutschkes und die Osterunruhen als Meilenstein der Frustration massenpädagogischer Ambition hinsichtlich ihrer kausalen Relevanz für die weitere Entwicklung

36 Zit. nach: Rudi Dutschke, *Mein langer Marsch*, S. 131. Knut Nevermann/Niels Kadritzke, *Ostern 1968 und die Reaktion*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 13. Jg., 1968, H. 5, S. 466 ff., 467.

37 Zit. nach: Dany Cohn-Bendit/Reinhard Mohr, 1968. *Die letzte Revolution, die noch nichts vom Ozonloch wußte*, Berlin 1988, S. 131.

zum Linksterrorismus, indem man ihr Stattfinden gedanklich tilgt, so interessiert auch bei diesem Ereigniszusammenhang gerade nicht seine konkrete ereignisgeschichtliche Faktizität. Die Zerfaserung, der die Bewegung ohne Dutschke preisgegeben war, kommt nämlich ganz offensichtlich nicht als Kausalfaktor in Frage, insofern ihr naturgemäß keine bestimmte Entwicklungstendenz inhärent war, so daß sie allenfalls begünstigende Wirkung auf die maßgeblich anderweitig bestimmte Gesamtentwicklung ausgeübt haben kann. Ebenso ist mit den Osterunruhen lediglich ein bestimmter Regressionsstand der Protestbewegung erreicht worden, ohne daß damit dem weiteren Geschichtsverlauf irgendeine zwangsläufige Richtung hätte gewiesen werden können. Die hypothetische Austauschbarkeit der konkreten Ereignisse um Ostern 1968 gegen zeitlich und situativ andere mit vergleichbarer Wirkung auf die Protestbewegung zeigt vielmehr, daß ihr Stellenwert als ideologisches Kontinuitätsmoment der Protestbewegung vor allem darin besteht, erstmalig das früher oder später ohnehin unausweichliche Frustrationserlebnis der fundamentalen weltanschaulichen und strategischen Niederlage hervorgerufen zu haben. Diese fortan ständig zumindest latente Einsicht in das Scheitern der von den Anfängen der Protestbewegung bis hin zu den Frankfurter Kaufhausbrandstiftungen verfolgten Intentionen könnte aufgrund ihrer naheliegenden Bedeutsamkeit dann sogar jenes die Entwicklung zum Terrorismus verursachende Moment bilden, dessen Vorhandensein bzw. Fehlen hier zu zeigen ist. Infolge der an dieser Stelle feststellbaren Unmöglichkeit eines Nachweises adäquater Verursachung des Linksterrorismus durch konkrete Einzelereignisse im historischen Kontext der Protestbewegung liegt nunmehr also nahe, die Kausalanalyse auszuweiten auf jene ideologischen Elemente, die bereits für alle bislang in den Blick genommenen realgeschichtlichen Zusammenhänge einen bedeutsamen Hintergrund abgegeben haben. Hierbei hat die Untersuchung der Fragestellung zu folgen, ob die Ideologienentwicklung in der Protestentwicklung als adäquate Verursachung des organisierten Linksterrorismus anzusehen ist, insoweit das Scheitern ihrer realitätsverändernden Ziele möglicherweise systemoppositionelle Bestrebungen hervorzurufen vermochte.

#### *Zur Massenmobilisierungsstrategie und Gewaltbereitschaft in der Protestbewegung*

Das Problem mangelnder Öffentlichkeitsmobilisierung war der Protestbewegung als einer im Selbstverständnis sozialrevolutionären Initiative gleichsam in die Wiege gelegt worden, denn bereits bei der Antinotstandskampagne, einem Thema von an sich allgemeinem Interesse, war es letztlich nicht zu einer erwähnenswerten Aktivierung aller Bevölkerungsteile gekommen, am allerwenigsten der unteren sozialen Schichten. Die sogenannte APO war von Beginn an nicht nur eine *außerparlamentarische*, sondern auch eine *außerproletarische* Opposition.<sup>38</sup> Insofern evident war, daß, gemäß einem Diktum Herbert Marcuses, ohne eine Massenbasis in den vermeintlich ausgebeuteten Klassen eine Revolution undenkbar sein würde, bildete die Korrektur dieses Wirkungsdefizits ein strategisches Hauptanliegen der Protestbewegung, sollten die angestrebten Gesellschaftsveränderungen nicht ihrer grundlegendsten Voraussetzung entbehren. Dies beinhaltete jedoch für die studentische Revolutionsavantgarde die schwierige Problematik, nicht selber *revolutionäres Subjekt*, d.h. Träger der gesellschaftlichen Umwälzung zu sein, sondern quasi als

<sup>38</sup> Jürgen Werth, zit. nach: Peter Mosler, Was wir wollten, was wir wurden. Studentenrevolte – zehn Jahre danach, Reinbek 1977, S. 226.

revolutionäre Vorhut eine bislang passive Bevölkerungsmehrheit und dabei besonders die Arbeiterschaft erst noch zur Beförderung der Veränderungen aktivieren zu müssen.

Die Erklärung dieses Zustandes und demnach auch die entsprechenden Änderungsstrategien gründen auf einer weitreichenden Entpolitisierungstheorie. Gemäß der Doktrin von der prinzipiellen Verantwortlichkeit gesellschaftlicher Zustände ließ sich das fehlende Engagement der potentiellen Revolutionäre in einer vermeintlich objektiv-revolutionären Situation nämlich als Folge eines gigantischen Manipulationssystems erklären, das alle sozioökonomischen Widersprüche durch eine „globale Eindimensionalisierung“ entschärfe, woraufhin die Bevölkerung nicht mehr zu selbständigem Widerstand fähig sei.<sup>39</sup> Mit dieser Annahme einer mittels perfider Infiltrationsmechanismen durchgesetzten intellektuellen Unterdrückung wohlstandsorientierter und unpolitischer Staatsbürger ist dem Gedanken eines postrevolutionären Entwicklungsstandes der Gesellschaft und der hieraus resultierenden Einsicht in die Konkurrenzlosigkeit sukzessiver Reformen quasi ein ideologischer Riegel vorgeschoben. Vielmehr liefert die Unterdrückungstheorie eine Erklärung der propagandistischen Schwierigkeiten mit dem revolutionären Subjekt, welche die revolutionäre Funktion und Strategie der Protestbewegung solange legitimiert, wie nicht der gesellschaftliche Gesamtzustand fundamental korrigiert ist; die bewußtseinsbildenden Maßnahmen sind dadurch einer skeptischen Überprüfung an ihren unmittelbaren Wirkungen und damit ihrer Korrektur und Weiterentwicklung prinzipiell enthoben. Die praktischen Konsequenzen dieser Theorie der revolutionären Ausgangssituation resultierten nunmehr aus ihrem Zusammenhang mit einer weiteren ideologischen Grundannahme der Protestbewegung, der Vorstellung einer schier unbegrenzten Erziehbarkeit der bislang quasi bewußtlosen potentiellen Revolutionäre. Der geradezu emphatische Optimismus hinsichtlich der Erreichbarkeit eines solchen massenpädagogischen Effekts durch eine systematische Aufklärungskampagne überlagerte nämlich nicht nur ideologische Differenzen bei der Bestimmung des revolutionären Subjekts; sie hatte dadurch integrative Wirkung, insofern man das Verschwinden zentraler Probleme allein durch die Erlangung des massenpädagogischen Effekts erwartete. So bezeichnete Dutschke etwa das studentische Ziel einer Enteignung des Springer-Konzerns als strategischen „Transmissionsriemen zwischen Studenten und anderen Bevölkerungsteilen“<sup>40</sup> und konstatierte: „Das kapitalistische Naturgesetz beruht auf der Bewußtlosigkeit der Beteiligten. Mit dem Verschwinden dieser Bewußtlosigkeit verschwindet auch das Naturgesetz in seiner repressiven Form, und so ist in der falschen Gesellschaft doch die richtige drin, bloß in der falschen Form, in der bewußtlosen Form.“<sup>41</sup>

Solchermaßen erfuhr die Aufklärungskampagne über ihre strategische Funktion hinaus eine inhaltliche Aufladung, deren ideologisches Ausmaß in der Idee Dutschkes sichtbar wird, die ganze Gesellschaft solle „eine große Universität ..., eine riesige lernende Gesellschaft, eine große Schule“ werden.<sup>42</sup>

Trotz der scheinbaren Selbstsicherheit dieser weitreichenden Verknüpfung, die eine gesamtgesellschaftliche Aufklärungskampagne zum allumfassenden Strategieelement wer-

39 Rudi Dutschke/Hans-Jürgen Krahl, Organisationsreferat, 22. Delegiertenkonferenz des SDS im September 1978 in Frankfurt, zit. nach: Cohn-Bendit/Mohr, 1968, S. 105.

40 „Wir fordern die Enteignung Axel Springers“, S. 31.

41 Ein Gespräch über die Zukunft mit Rudi Dutschke, Bernd Rabehl und Christian Semler, in: Kursbuch 14, 1968, Hrsg. Hans Magnus Enzensberger, S. 146 ff., 148.

42 Ebd., S. 164.

den ließ, stellte sich nun allemal noch die sogenannte Organisationsfrage, d.h. das Problem, wie und mit welchen Mitteln die Aufklärung konkret zu betreiben und die Kampagne zu organisieren sei. Und genau an diesem Punkt zeigen sich nunmehr auch die für den vorliegenden Zusammenhang interessanten Elemente des ideologischen Modells. In der Protestbewegung gab es nämlich offenbar von vornherein eine latente Ahnung, daß in dem freiheitlich-marktwirtschaftlichen Gesellschaftssystem der Bundesrepublik unter der Voraussetzung seiner bloßen Bestandssicherung prinzipiell alle Interessenkonflikte thematisierbar und durch seine hohe Komplexität innersystemisch lösbar sind, wodurch sich der aus weitgehend unpolitischen Wirtschaftsbürgern bestehenden Bevölkerung radikal-revolutionäre politische Erhebungen als obsolet darstellen. Unmittelbar erfahrbar wurde diese Sättigung an den verhaltenen bis desinteressierten Reaktionen der breiten Öffentlichkeit auf die für die studentischen Aktivisten so bedeutsamen Ereignisse wie den Vietnam-Krieg, die Monopolisierung der Presse und den 2. Juni 1967, sowie im erläuterten Sinne vor allem am Ereignis des Dutschke-Attentats. In gewisser Weise bedeutete also die Vorstellung gesamtgesellschaftlicher Aufklärung über die Idealität einer bestimmten politischen Idee bereits einen Versuch der Vernichtung gesellschaftlicher Komplexität, insofern diese dem angestrebten Ideal grundsätzlich entgegensteht. An den Überlegungen der Protestbewegung zur massenpädagogischen Bewußtseinsbildung erweist sich nun, daß sich die Erfahrung des unausweichlichen Scheiterns moderater Aufklärungsbemühungen und die unterschwellige Einsicht in diese Aussichtslosigkeit wechselseitig verstärkten, was die strategischen Ansätze der Aufklärungskampagne von vornherein auf hochgradig aktionistische Mittel abzielen ließ, welche einzig eine gewisse Aufmerksamkeit zu versprechen schienen. In dem Dogma, die zu mobilisierenden Bevölkerungsteile seien nur durch „die Aktion ... aus ihrer Hörigkeit in der Praxis (zu) befreien“, war dann auch bereits mit zwingender Folgerichtigkeit die Unterordnung der Mittel unter den Zweck angelegt, erschien doch die kaum zu durchbrechende Apathie der Massen als Begünstigung strukturell gewaltsamer Zustände, so daß „ein radikales Bedürfnis nach Frieden ... ein militantes Bedürfnis gegen die bestehende Ordnung“ zu beinhalten schien.<sup>43</sup> Aus diesen Annahmen ergab sich als erste Stufe einer aktionistischen Strategie der Protestbewegung folgerichtig deren Selbstlegitimierung zu irregulärem bis illegalem Handeln unabhängig von der augenblicklichen Akzeptanz beim Durchschnittsbürger, insofern dessen Bewußtsein überhaupt erst durch massive Erschütterungen aktivierbar sei. So entwickelten die führenden SDS-Ideologen Dutschke und Krahl die Theorie, lediglich „revolutionäre Bewußtseinsgruppen“ könnten aufgrund ihrer „spezifischen Stellung im Institutionswesen“ Aufklärung durch „sinnlich-manifeste Aktion“ leisten, indem den „passiven und leidenden Massen“ durch „sichtbar irreguläre Aktionen die abstrakte Gewalt des Systems zur sinnlichen Gewißheit“ werden müsse: „Die ‚Propaganda der Schüsse‘ (Che) in der ‚Dritten Welt‘, müsse demnach durch die ‚Propaganda der Tat‘ in den Metropolen“ vervollständigt werden, weil „der städtische Guerillero der Organisator schlechthin Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen“ sei.<sup>44</sup> Illegalität wird an dieser Stelle also bereits als notwendiger Bestandteil des Begriffs der Aktion und damit auch als Antwort auf die Organisationsfrage verstanden: „Illegalität, wenn sie nicht dilettantisch bleiben will, bedeutet, daß man gegen den Staats-

<sup>43</sup> Ebd., S. 151, 160.

<sup>44</sup> Dutschke/Krahl, Organisationsreferat, zit. nach: Cohn-Bendit/Mohr, S. 105.



apparat operiert, daß also gerade das psychische Element des Friedens zurückgenommen wird und eine streng disziplinierte Organisation entsteht.“<sup>45</sup>

Sofern eine illegale Organisation in Gestalt der notwendigen innerorganisatorischen „direkten Solidarität“ und der „direkten Freundschaft zu den einzelnen Mitgliedern“ sogar „Ansätze einer neuen Gesellschaft“ vorzeichnet, soll demnach der Prozeß der Gesellschaftsveränderung nunmehr ganz unmittelbar in Gang gesetzt sein.<sup>46</sup>

Mittels eines erheblichen ideologischen Aufwands war es der Protestbewegung also gelungen, in der Frage der Massenmobilisierung gleichzeitig das legitimatorische und das strategische Problem ihres revolutionären Avantgardismus zu lösen. Mit dem dabei beschrittenen Weg der Konstituierung als illegale Organisation war jedoch nun eine Eingrenzung der aktionistischen Methoden namentlich hinsichtlich des Problems der Gewaltbereitschaft um so schwieriger geworden. Sobald sich nämlich das Aufklärungsvorhaben selber nur von seinen strategischen Aktionen her versteht, fällt „unter permanentem Handlungszwang“ der Rückbezug zur Realität zunehmend schwerer. Indem dann an die Stelle der „Strategie massenhafter Aufklärung die Taktik der Scheinrevolution“ tritt, vollziehen sich die vermeintlich aufklärerischen Aktionen alsbald „in jenem sorgfältig gehüteten Zwielficht zwischen symbolischer Erpressung, die Aufmerksamkeit tatsächlich erzwingt, und faktischer Gewaltanwendung, mit der man Machtpositionen zu gewinnen sich einbildet“, wodurch dauerhaft jede „klare Distinktion zwischen Gewaltanwendung und Provokation“ verhindert wird.<sup>47</sup> Es zeigt sich, daß ebenso wie sich der Aktionismus folgerichtig aus den ideologischen Grundannahmen ergab, nunmehr auch das Problem gewaltsamer Handlungen ein zwangsläufiges Element des ideologisierten Aktionismus bildet und nicht aus rein realgeschichtlichen Erfahrungswerten heraus erklärt werden muß. Die solchermaßen ideologisch entglittene Gewaltfrage, welche die Protestbewegung schon von ihrem Beginn an theoretisch beschäftigt hat, bewegt sich dann auch nicht mehr auf einer moralischen, sondern ausschließlich auf einer ideologisch-zweckrationalen Ebene: „Unsere Gewalt gegen die unmenschliche Staatsmaschinerie, gegen die Manipulationsinstrumente ist die organisierte Verweigerung ... Der Prozeß der organisierten Verweigerungs-Revolution ist ein für die Menschen sichtbarer und von ihnen verursachter tendenzieller Zusammenbruch der etablierten Apparate. Die selbsttätigen Menschen werden ihre eigenen Kräfte dann endlich als die gesellschaftlich mächtigen erkennen, werden ihre erlittene Unmündigkeit und Apolitizität im Verlaufe ihres immer bewußter werdenden Kampfes verlieren.“<sup>48</sup>

Demnach erscheint die Anwendung von Gewalt und Terror auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft bloß als das Problem von „Minderheitsrevolutionen“<sup>49</sup>, von denen sich die studentische Revolution dadurch unterscheidet, daß sie „die Selbsttätigkeit der Massen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens weckt. Und erst dann die Veränderung der Gesellschaft durchführt, wenn die Mehrheiten bereit sind, die Veränderungen

45 Ein Gespräch über die Zukunft, S. 161.

46 Ebd.

47 Jürgen Habermas, Die Scheinrevolution und ihre Kinder, in: ders., Protestbewegung und Hochschulreform, Frankfurt a.M. 1969, S. 188 ff., 198.

48 Gastion Salvatore/Rudi Dutschke, Einleitung zu: Ernesto Che Guevara, Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam. Brief an das Exekutivsekretariat der Organisation der Solidarität der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (OSPAAL), Berlin 1967, S. 5 f., zit. nach: Bauß, Die Studentenbewegung, S. 314 f.

49 Rudi Dutschke, Zu Protokoll. Ein Fernsehinterview von Günter Gaus, ARD, 3. 12. 1967; Voltaire Flugschrift Nr. 17, Hrsg. Bernward Vesper, Frankfurt a.M. 1968, S. 10.

zu tragen“.<sup>50</sup> Somit blieb die Gewaltbereitschaft der Protestbewegung zwar noch gehemmt von dem grenzenlosen Optimismus hinsichtlich der massenpädagogischen Aufklärungskampagne, durch eingegrenzte Regelverstöße und die Demonstration von *Marcuses Großer Weigerung*; doch dadurch hatte sie sich auch in eine fatale Abhängigkeit von dem Erfolg eines hochgradig utopischen Programms gebracht. Die Gefährlichkeit dieser Verkettung wird unmittelbar deutlich, wenn der Grad der Gewaltanwendung dann lediglich von dem jeweiligen Propagandaeffekt abhängig gemacht wird, den der Staat bzw. die Protestbewegung in ihrer Konkurrenz um das politische Bewußtsein der Bürger erzielen: „Tomaten und Rauchbomben sind ohnmächtige Mittel zum Zeichen des Protests, und nichts anderes ... Sie können nur begriffen werden als Vorformen wirklicher Auseinandersetzung ... Aufruf zur Gewalt, zu Mord und Totschlag in den Metropolen hochentwickelter Industrieländer – ich denke, das wäre falsch und geradezu konterrevolutionär. Denn in den Metropolen ist im Grunde kein Mensch mehr zu hassen. Die Regierenden an der Spitze ... sind bürokratische Charaktermasken, die ich ablehne und gegen die ich kämpfe, die ich aber nicht hassen kann wie einen Ky in Vietnam oder Duvalier in Haiti ... Wer begreift nicht, daß bei uns heute jeglicher an der Spitze austauschbar ist. Die terroristische Gewalt gegen Menschen ist in den Metropolen nicht mehr notwendig ... Ganz sicher wird niemand behaupten können, daß es überhaupt keine Gewalt innerhalb des Prozesses der Veränderung geben wird. Gewalt ist constituens der Herrschaft und damit auch von unserer Seite mit demonstrativer und provokativer Gegengewalt zu beantworten. Die Form bestimmt sich durch die Form der Auseinandersetzung.“<sup>51</sup>

Wenn solchermaßen sogar die Anwendung von Gewalt als propagandistisches Mittel vorgesehen war, das sich in seiner Intensität nach seinem massenpädagogischen Effekt richtet, liegen die Bedeutung der Öffentlichkeitsmobilisierung für die Protestbewegung und die Folgen ihres Mißlingens für deren weitere Entwicklung insbesondere hinsichtlich der Gewaltbereitschaft nahe. Tatsächlich handelte es sich bei der Vorstellung einer aktionistisch-provokatorisch herstellbaren Identifikation der Bevölkerung mit den Zielen der Protestbewegung um die wohl schwerwiegendste Fehleinschätzung der gesamten Situation, denn statt einer Ausweitung verstärkte sich die Entfremdung der Bewegung von dem potentiellen revolutionären Subjekt, je mehr sie die vermeintliche Gegengewalt praktizierte. Damit erwies sich zwar objektiv das Scheitern einer revolutionären Veränderung der in ihrer Komplexität postrevolutionären bundesrepublikanischen Gesellschaft, jedoch vermochte das ideologische Modell einer infiltrativen Entpolitisierung der Bevölkerung die Einsicht in diesen Sachverhalt nachhaltig zu blockieren und die paradoxe Strategie einer praktischen Gesellschaftskritik dergestalt weiterhin am Leben zu erhalten, daß die faktische Isolation der Protestbewegung von dieser gerade als Notwendigkeit zu verstärktem Aktionismus mißverstanden wurde.<sup>52</sup>

Konstruiert man demnach hypothetisch die Entwicklung von der Protestbewegung zum Linksterrorismus ohne das ideologische Aufbegehren der ersteren gegen den postrevolu-

<sup>50</sup> Fernsehsendung „Rebellion der Studenten“, NDR, 10. 8. 1967, zit. nach: Dutschke, *Mein langer Marsch*, S. 12.

<sup>51</sup> „Wir fordern die Enteignung Axel Springers“, S. 32. Vgl. Dutschkes Äußerungen in der Fernsehsendung „Rebellion der Studenten“, NDR, 10. 8. 1967, sowie bei der Diskussion in der Evangelischen Akademie in Bad Boll im Februar 1968, beide in: Dutschke, *Mein langer Marsch*, S. 12, 86.

<sup>52</sup> Vgl. insgesamt Lothar Voigt, *Aktivismus und moralischer Rigorismus. Die politische Romantik der 68er Studentenbewegung*, Wiesbaden 1991.

tionären Charakter des bundesrepublikanischen Gesellschaftssystems, so erweist sich, daß der Schritt zum erbarmungslosen Haß der RAF-Terroristen auf das sich ihrer Ideologie nicht fügende System und seine Repräsentanten nicht denkbar ist ohne den jegliche selbstkritische Realitätswahrnehmung behindernden Wahrheitsanspruch der studentischen Aufklärungsambitionen. Mit der ideologisch verblendeten Fehleinschätzung des Mißlingens der Massenmobilisierung ist nämlich die Grundlage für eine immer ausweglosere Verstrickung in einem Zirkel der Gewalt geschaffen worden, der jede weitere Verfolgung der studentischen Ziele zwangsläufig bereits an der Schwelle zu einer Entgrenzung der Gewaltanwendung ansetzen ließ, zumal ein Rückweg aus dem unbedingten Aktionismus durch dessen ideologischen Faszinationsgehalt ohnehin kaum mehr möglich war.<sup>53</sup> So ist der für politischen Terrorismus konstitutive Glaube an eine Propagandawirkung von Gewalttaten, der für die RAF ein absolut apodiktisches Ideologem bedeutete, in seiner Radikalität ohne die Vorgeschichte der dieses Gedankengebilde in zunehmender Realitätsferne dogmatisierenden Studentenbewegung schwerlich vorstellbar. Weiterhin hatte die Protestbewegung in diesem Zusammenhang eine folgenreiche, ideologisch motivierte Hinwendung zur *Praxis* vollzogen: „Unsere bisherige Ineffektivität und Resignation lag mit in der Theorie. Die Revolutionisierung der Revolutionäre ist so die entscheidende Voraussetzung für die Revolutionierung der Massen.“<sup>54</sup>

Während sich diese Vorstellung im Rahmen des studentischen Protests noch in das Theoriegebäude einfügt, gleichsam in einer Quadratur des Kreises mittels einer aktionistischen Praxis bewußter Regelverstöße einen revolutionären Diskurs mit der mobilisierten Öffentlichkeit einleiten zu können, ermöglichte die darin bereits enthaltene Abwertung reiner „Theorie“ nach dem erkennbaren Scheitern des strategischen Gesamtmodells dann die völlige Suspendierung theoretischer Reflexion im Terrorismus, bei dem der „Primat der Praxis“ einer „Theorie des Theoriedefizits“ gleichkommt.<sup>55</sup>

Demnach läßt sich die als Versuch der tiefgreifenden Reduktion gesellschaftlicher Komplexität interpretierbare ideologische Disposition der Protestbewegung in dem Sinne als adäquate Verursachung der fundamental systemoppositionellen Radikalisierung dieses Versuchs im Terrorismus verstehen, daß das schlechthin nicht ignorierbare Mißlingen des sozialrevolutionären Gesamtmodells der Protestbewegung von dieser durch eine ideologische Verklärung der Realität aufgefangen wurde, die eine Ausweitung dieser Bestrebungen mittels hemmungsloser Gewalttaten kausal zu begünstigen vermochte.

Wenngleich die Feststellung einer derartigen Kausalbeziehung von Protestbewegung und Linksterrorismus naturgemäß nur einen partiellen Erklärungsansatz darstellt, so vermag das hierbei zutage getretene Erklärungsmodell des bundesrepublikanischen Terrorismus als eines systemoppositionellen Versuchs der Reduktion von politisch-gesellschaftlicher Komplexität doch wenigstens verständlich zu machen, weswegen dieses Phänomen revolutionärer Gewaltpolitik gerade in einer postrevolutionären Gesellschaft auftritt, obschon diese es durch ihr hohes Maß an Transformationsbereitschaft an sich obsolet macht.

53 Vgl. hierzu Iring Fetscher/Herfried Münkler/Hannelore Ludwig, Ideologien der Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Iring Fetscher/Günter Rohrmoser, Ideologien und Strategien, Opladen 1981, S. 16 ff., 29.

54 Rudi Dutschke, Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf, in: Uwe Bergmann/Rudi Dutschke/Wolfgang Lefèvre/Bernd Rabehl, Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek 1968, S. 85 ff., 93.

55 Fetscher/Münkler/Ludwig, Ideologien der Terroristen, S. 43 ff.

Wie der Blick auf den Zusammenhang mit der Protestbewegung zeigt, scheint nämlich der für komplexe Gesellschaften charakteristische soziale Differenzierungsprozeß ein Bedürfnis nach nostalgischen Ideologien zu begünstigen, deren mangelnde Realisierbarkeit Frustrationen potenziert.<sup>56</sup>

\*\*\*

Es hat sich mithin gezeigt, daß eine gegenüber den Besonderheiten des Sachverhalts flexible Anwendung der Methodologie Max Webers es ermöglicht, das laut Weber „für die historische Formung der Wirklichkeit Entscheidende“ festzustellen: die *kausale* Bedeutung eines historischen Ereignisses für ein nachfolgendes und damit seinen Ort in der historischen Darstellung.<sup>57</sup> Für eine Ergänzung des narrativen Elements in der Geschichtswissenschaft durch eine konsequentere Anwendung methodologischer Erkenntnisse spricht jedoch nicht zuletzt die für einen *wissenschaftlichen* Befund charakteristische Gültigkeitsgrenze des Ergebnisses, der Kausalbeziehung weder Zwangsläufigkeit zuschreiben noch allgemeine Gesetzmäßigkeiten aus ihr ableiten zu können.

56 Vgl. Niklas Luhmann, Soziologie des politischen Systems, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 20. Jg., 1968, S. 705 ff., 713.

57 Weber, Kritische Studien, S. 266.